

Gesetzesvorlage zum Mehrwertsteuergesetz

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 11. November einen Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes verabschiedet.

Die Gesetzesvorlage beinhaltet die Änderung von drei Bestimmungen des Mehrwertsteuergesetzes, wobei es sich bei einer Bestimmung um eine formelle Anpassung aufgrund von Änderungen liechtensteinischer Rechtsbestimmungen und bei zwei dieser Bestimmungen um eine Anpassung an das schweizerische Mehrwertsteuerrecht handelt. Damit wird die Steuerausnahme betreffend Investmentunternehmen neu geregelt. Einerseits wird neu zwischen Investmentunternehmen mit fixen und veränderlichem Kapital unterschieden und andererseits findet das Sondervermögen keine Erwähnung mehr bei den Steuerausnahmen. Weiters wird der Begünstigtenkreis für die Steuerbefreiung von Personen und Organisationen, die völkerrechtliche Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen geniessen, ausgedehnt. (paf)

Bedarfsplanung wurde angepasst

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 11. November dem Antrag der Liechtensteinischen Ärztekammer und des Liechtensteinischen Krankenkassenverbandes vom 17. September auf Änderung der Bedarfsplanung in der Fachgruppe Psychiatrie, und die Anzahl inländischer Leistungserbringer von drei auf vier zu erhöhen, stattgegeben. Die Liechtensteinische Ärztekammer und der Liechtensteinische Krankenkassenverband haben sich auf eine gemeinsame Bedarfsplanung im Teilbereich Psychiatrie (inländische Leistungserbringer) geeinigt. Die Abänderung der Verordnung vom August 2004 über die Bedarfsplanung für die ärztliche Versorgung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung wurde genehmigt und erlassen. (paf)

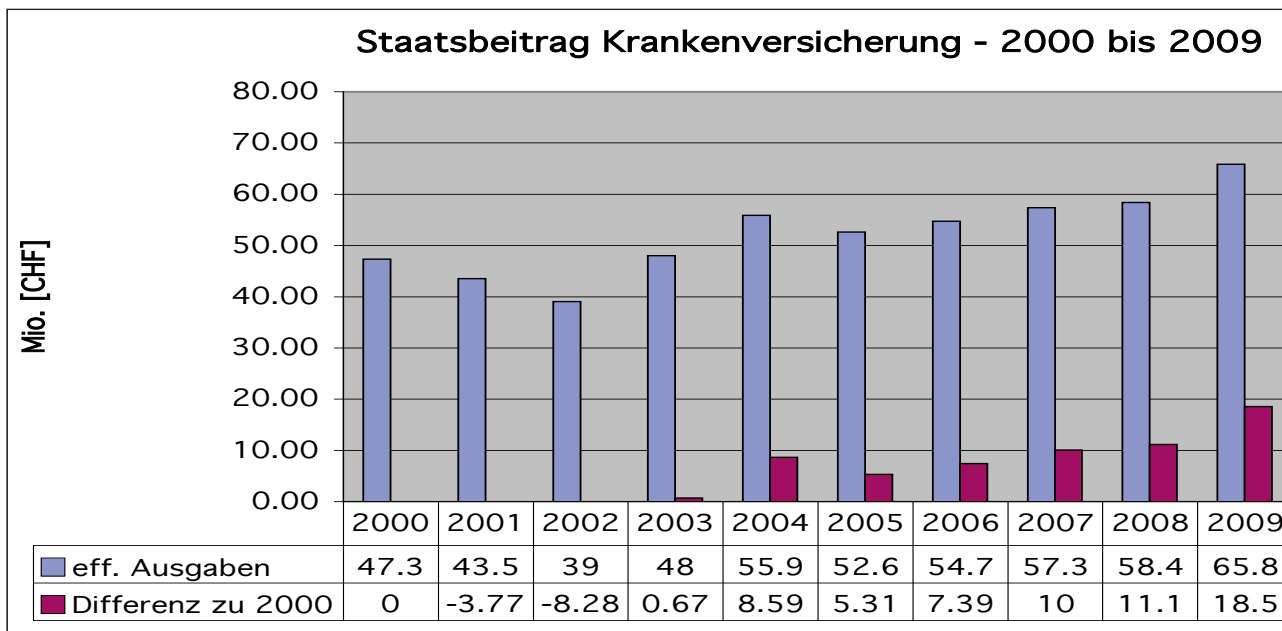
Starkes Wachstum beim Staatsbeitrag an die Krankenkassen

Der Landtag wird sich kommende Woche mit dem Landesbudget 2009 befassen. Einen wesentlichen Faktor beim Ausgabenwachstum von 7 Prozent bildet der Staatsbeitrag an die Krankenkassen mit einer Erhöhung um 6,8 Mio. Franken.

Von Günther Fritz

Die laufenden Aufwendungen verzeichnen mit einer Zunahme um 58,5 Mio. Franken oder 7 Prozent ein kräftiges Wachstum. Die grösste Zunahme weist dabei der Bereich der Beitragsleistungen auf, welcher um 38,6 Mio. Franken ansteigt und mit einem Volumen von 391,7 Mio. Franken einen Anteil von 44 Prozent an den gesamten laufenden Ausgaben ausmacht. Die Hauptabweichungen ergeben sich dabei beim Staatsbeitrag an die Finanzmarktaufsicht mit einer Zunahme von 11,9 Mio. Franken, dem Staatsbeitrag an die Krankenkassen mit 6,8 Mio. Franken sowie beim Personalaufwand, welcher im Budgetvergleich um 22,8 Mio. Franken zunimmt.

Staat beteiligt sich mit 50 Prozent
Der Staatsbeitrag an die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) umfasst einerseits die Staatsbeiträge für Kinder und andererseits die Beiträge an die übrigen Versicherten. Der Beitrag für die übrigen Versicherten wird unter Berücksichtigung der Kostenentwicklung sowie der Finanzierung des Staates vom Landtag festgelegt. Im Juni hat der Landtag auf Antrag der Regierung den Staatsbeitrag an die OKP-Kosten der übrigen Versicherten um über 15 Prozent von 45 Mio. auf 52 Mio. Franken für das Jahr 2009 angehoben. Der im Voranschlag 2009 vorgesehene Staatsbeitrag von 60 Mio. Franken umfasst Akontozah-



Die Staatsbeiträge an die Krankenversicherung sind in den vergangenen zwei Legislaturperioden im Zuge der in den Jahren 2003/2004 durchgeführten FBP-Gesundheitsreform enorm gewachsen: Der Betrag der effektiven Ausgaben im Jahre 2007 setzt sich zum Beispiel aus den Akonto- und Schlusszahlungen an die Krankenkassen in Höhe von 52,5 Mio. Franken und dem Beitrag an einkommensschwache Versicherte von 4,8 Mio. Franken zusammen.

lungen für das Jahr 2009 sowie Schlusszahlungen für das Jahr 2008 für Kinder und übrige Versicherte. Eine weitere Entlastung von Versicherten findet dadurch statt, dass die Staatsbeiträge an einkommensschwache Versicherte (Prämienverbilligung) auf Basis der Durchschnittsprämie berechnet werden. So belief sich zum Beispiel der Beitrag des Staates an einkommensschwache Versicherte im Jahr 2007 auf 4,8 Mio. Franken. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass der Staat sich an der Finanzierung der Krankenpflegeversicherung mit rund 50 Prozent beteiligt.

In der von Peter Eisenhut und Urs Schönholzer erstellten «Wirtschaftsstudie Liechtenstein 2008» wird für den Beobachtungszeitraum von 2000 bis 2006 festgehalten, dass die staatlichen Ausgaben in acht von zehn Ausgabenbereichen zugenommen haben. Zu den grössten Kostentreibern ge-

hört der Bereich Gesundheit. Hier war eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 9,6 Prozent zu verzeichnen.

Durch Staatsbeiträge kaschiert
In den Jahren 2005 und 2006 erfolgte keine Prämienhöhung. 2007 wurde eine geringfügige Prämienhöhung um 1,2 Prozent vorgenommen. Von 2007 auf 2008 stieg die Durchschnittsprämie um 6,9 Prozent. Diese Erhöhungen fielen moderat aus, obwohl sich die durchschnittlichen Kosten in den Jahren 2001 bis 2005 um 6,7 Prozent erhöhten. Im Jahr 2006 nahmen die OKP-Kosten um 5,5 Prozent zu und im Jahr 2007 um ganze 9,6 Prozent.

Der moderate Prämienanstieg in den vergangenen Jahren ist sicherlich nicht auf den Erfolg der in den Jahren 2003/2004 durchgeführten Gesundheitsreform zurückzuführen, wie dies

seitens der FBP immer wieder behauptet wird. Es war wohl kaum ein Zufall, dass die FBP-Gesundheitsreformer vor den Landtagswahlen 2005 eine Prämienhöhung verhindert. Dies als Antwort auf die VU, welche die Abschaffung des Hausarzt-systems massiv kritisiert hatte. Die Kostenwahrheit hat die FBP-Gesundheitsreformer nun aber längst eingeholt.

Das Gleichbleiben und der moderate Anstieg der Prämien konnten nämlich nur bewerkstelligt werden, indem der Staat den grössten Teil des Kostenzuwachses mit immensen Beiträgen abfederte und die Krankenkassen zum Teil Reserven abbauten sowie ihre Verwaltungskosten optimierten. Von einem Erfolg der FBP-Gesundheitsreform aus den Jahren 2003/04 kann jedenfalls keine Rede sein. Deren Scheitern wurde lediglich durch die massiven Staatsbeiträge kaschiert.

Publikation der englischen Übersetzung des neuen Stiftungsrechts

Die Stiftungsrechtsrevision wurde am 26. Juni vom Landtag verabschiedet und tritt am 1. April 2009 in Kraft. Die amtliche Kundmachung des deutschen Gesetzestextes in den Landeszeitungen erfolgte am 26. August 2008. Seit diesem Datum kann der

Gesetzestext zum neuen Stiftungsrecht, LGBl. 2008 Nr. 220, bei der Regierungskanzlei bezogen oder auf der Website der Landesverwaltung www.lgbl.llv.li abgerufen werden. Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 11. November die englische Überset-

zung des Gesetzestextes zur Kenntnis genommen.

Englische Ausgabe
Wie bereits in der Pressemitteilung vom 26. August angekündigt, erfolgt nun die Bekanntmachung der Publika-

tion der englischen Übersetzung. Mit der englischen Ausgabe will die Regierung der ausländischen Kundschaft den Zugang zum neuen Stiftungsrecht und damit zum Finanzplatz Liechtenstein erleichtern. Die Übersetzung ist auf der Internetseite des Ressorts Jus-

tiz unter www.llv.li/pdf-llv-rfl-justiz-20082906.pdf abrufbar. Neben der Onlineversion steht auch eine Papierausgabe zur Verfügung, welche wie die deutsche Version gegen Bezahlung bei der Regierungskanzlei bezogen werden kann. (paf)

Erfolgreiches Kamingsgespräch zum Thema «Strom von der Sonne»

Das Ressort Wirtschaft unter Führung von Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher hat am vergangenen Dienstag zum bereits dritten Kamingsgespräch im Bereich Energie und Energiepolitik eingeladen.

Das Kamingsgespräch widmete sich diesmal dem Thema «Strom von der Sonne». 65 Interessensvertreter aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Umwelt und Wissenschaft folgten der Einladung und haben an diesem Anlass in den Räumlichkeiten der Oerlikon Solar am Standort in Trübbach teilgenommen.

Das Einleitungsreferat wurde von Franz Baumgartner, Professor für erneuerbare Energien an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW und Mitglied der Energiekommission Liechtenstein, zum Thema «Strom von der Sonne – die stabile Energiequelle mit enormem Potenzial?» gehalten. In seinem Vortrag stellte Baumgartner – ausgehend von dem sich durch die globalen Klimaprobleme und die Volatilität der Rohstoffmärkte bestehenden Hand-

lungsbedarf – eindrücklich die Potenziale und Zukunftsvisionen der Solartechnologie dar. Er informierte die Zuhörer darüber, wie aus seiner Sicht das Solarzeitalter mit einem Solarstromanteil von 12 Prozent in Europa im Jahre 2020 aussehen wird.

In der anschliessenden, durch Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher moderierten Podiumsdiskussion stellten sich Uwe Krüger, CEO der Oerlikon, Ewald Ospelt, Bürgermeister der Gemeinde Vaduz, Stefan Odenthal, Leiter der Energie- und Industrie-Division der Hilti AG, Helmuth Marxer, Präsident der Solar-genossenschaft Liechtenstein, und Franz Baumgartner der Frage nach einer nachhaltigen Energiezukunft.

Einhellig wurde im Lauf der Diskussion das im Juni in Kraft getretene und auf dem Prinzip der Förderung beruhende Energieeffizienzgesetz EEG gelobt. Einig waren sich die Teilnehmer auch über die Vision, das Fürstentum Liechtenstein zu einem vorbildlichen «Energiland» zu entwickeln. Im Anschluss an die Diskussion bestand die Möglichkeit, die Pilotlinie der Oerlikon Solar zur Produktion von Photovoltaik-Modulen



Teilnehmer am Kamingsgespräch: Helmuth Marxer, Bürgermeister Ewald Ospelt, Franz Baumgartner, Stefan Odenthal, Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Klaus Tschüscher, und Uwe Krüger, CEO der Oerlikon (v. l.). Bild pd

zu besichtigen und sich vor Ort von der Bedeutung dieser Technologie für

den Wirtschaftsstandort zu überzeugen. Eine Dokumentation der Veran-

staltung kann unter www.energiebueindel.li abgerufen werden. (paf)

AUS DER REGIERUNG

Abänderung
des Mehrwertsteuergesetzes

VADUZ – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom vergangenen Dienstag einen Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes verabschiedet. Die Gesetzesvorlage beinhaltet die Änderung von drei Bestimmungen des Mehrwertsteuergesetzes, wobei es sich bei einer Bestimmung um eine formelle Anpassung aufgrund von Änderungen liechtensteinischer Rechtsbestimmungen und bei zwei dieser Bestimmungen um eine Anpassung an das schweizerische Mehrwertsteuerrecht handelt. Damit wird die Steuerausnahme betreffend Investmentunternehmen neu geregelt. Einerseits wird neu zwischen Investmentunternehmen mit fixen und veränderlichem Kapital unterschieden und andererseits findet das Sondervermögen keine Erwähnung mehr bei den Steuerausnahmen. Weiters wird der Begünstigtenkreis für die Steuerbefreiung von Personen und Organisationen, die völkerrechtliche Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen geniessen, ausgedehnt. (paf)

Kamingespräch zum Thema
«Strom von der Sonne»

VADUZ – Das Ressort Wirtschaft unter Führung von Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher hat am vergangenen Dienstag zum bereits dritten Kamingespräch im Bereich Energie und Energiepolitik eingeladen. Das Kamingespräch widmete sich diesmal dem Thema «Strom von der Sonne». 65 Interessensvertreter aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Umwelt und Wissenschaft folgten der Einladung und haben an diesem Anlass in den Räumlichkeiten der Oerlikon Solar am Standort in Trübbach teilgenommen.



Das Einleitungsreferat wurde von Franz Baumgartner, Professor für erneuerbare Energien an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW und Mitglied der Energiekommission Liechtenstein, zum Thema «Strom von der Sonne – die stabile Energiequelle mit enormem Potenzial?» gehalten. In seinem Vortrag stellte Baumgartner – ausgehend von dem sich durch die globalen Klimaprobleme und die Volatilität der Rohstoffmärkte bestehenden Handlungsbedarf – eindrücklich die Potenziale und Zukunftsvisionen der Solartechnologie dar. Er informierte die Zuhörer darüber, wie aus seiner Sicht das Solarzeitalter mit einem Solarstromanteil von 12 Prozent in Europa im Jahre 2020 aussehen wird.

In der anschliessenden durch Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher moderierten Podiumsdiskussion stellten sich Uwe Krüger, CEO der Oerlikon, Ewald Ospelt, Bürgermeister der Gemeinde Vaduz, Stefan Odenthal, Leiter der Energie- und Industrie-Division der Hilti AG, Helmuth Marxer, Präsident der Solargenossenschaft Liechtenstein, und Franz Baumgartner der Frage nach einer nachhaltigen Energiezukunft. Einhellig wurde im Lauf der Diskussion das im Juni 2008 in Kraft getretene und auf dem Prinzip der Förderung beruhende Energieeffizienzgesetz EEG gelobt. Einig waren sich die Teilnehmer auch über die Vision, das Fürstentum Liechtenstein zu einem vorbildlichen «Energie-land» zu entwickeln. Im Anschluss an die Diskussion bestand die Möglichkeit, die Pilotlinie der Oerlikon Solar zur Produktion von Fotovoltaik-Modulen zu besichtigen und sich vor Ort von der Bedeutung dieser Technologie für den Wirtschaftsstandort zu überzeugen. Eine Dokumentation der Veranstaltung kann unter www.energiebuendel.li abgerufen werden.

Unser Foto zeigt (von links): Helmuth Marxer, Ewald Ospelt, Franz Baumgartner, Stefan Odenthal, Klaus Tschüscher, Uwe Krüger. (paf)

Die Angst um den Job

Viele Liechtensteiner fürchten um ihren Arbeitsplatz

SCHAAN – Seit der Studie «Sozialkapital und Gesundheit» haben es die Liechtensteiner schriftlich: Sie sind zufrieden. Wobei das Bild des glücklichen Ländle-Bewohners etwas getrübt wird, denn viele Menschen im Ländle haben Ängste – und sie ärgern sich.

• Christian A. Koutecky

«Ärger tritt am ehesten bei ganz profanen Dingen auf», analysiert Angelika Hagen. Die Soziologin aus Wien hat die repräsentative Studie «Sozialkapital und Gesundheit» im Auftrag der liechtensteinischen Regierung durchgeführt und von 4759 Personen Rückmeldungen erhalten. Sie hat festgestellt, dass sich sieben Prozent der Studienteilnehmer sehr oft über die Verkehrsstaus im Fürstentum aufregen. 15 Prozent ärgern sich öfters über die Blechlwinen, die sich durchs Ländle wälzen. Bei immerhin noch 40 Prozent der Liechtensteiner kocht manchmal der seelische Kühler über, weil sie mit ihrem Auto nicht vorankommen. Ob unter den 32 Prozent, denen die Staus egal sind, jeder ein Auto fährt, bleibt unbeantwortet. Befragt fahren schliesslich Menschen ab dem 15. Lebensjahr.

Die Ängste der Liechtensteiner

Weit gewichtiger als der Ärger wiegen allerdings die Ängste. «Die am häufigsten auftretende Angst ist jene vor dem Verlust des Arbeits-



FOTO ZIE

Frau Liechtenstein: Stress am Arbeitsplatz, Angst um den Job.

platzes», stellt Hagen fest. Die Begründung liefert sie auch gleich mit: «Arbeit und Beruf gehören für die Menschen zu den wichtigsten Aspekten des Lebens und haben auch für Sinnfindung und Selbstbewusstsein hohe Bedeutung.»

Laut der Studie haben vier Prozent der Liechtensteiner sehr oft Angst um ihren Arbeitsplatz, sieben Prozent machen sich oft Sorgen, ob sie auch künftig noch ihren Lebensunterhalt an gewohnter Stelle verdienen können. Nicht wegzudiskutieren sind auch die 25 Prozent, welche die Angst vor dem Arbeitsplatzverluste manchmal um den Schlaf bringt.

Die Befragung zur Studie lief vor Beginn der Weltwirtschaftskrise, weshalb nicht anzunehmen ist, dass sich diese Zahlen mittlerweile zum Positiven entwickelt haben. Höchstwahrscheinlich ist das genaue Gegenteil der Fall. In diesem Zusammenhang sei auch das Studienergebnis erwähnt, das 14 Prozent unter einem zu hohen Arbeitsstress

leidet. Auffallend ist auch eine weitere Angst: Obwohl das Fürstentum zu den sichersten Staaten der Welt zählt, haben zehn Prozent der Menschen im Ländle oft oder gar sehr oft Angst vor der Kriminalität. Sage und schreibe 45 Prozent befürchten manchmal, das Opfer einer Straftat zu werden. Für eine Minderheit von 42 Prozent spielt die Kriminalität diesbezüglich überhaupt keine Rolle.

Eine spezielle Form der Kriminalität ist die Gewalt. Vor dieser fürchten sich neun Prozent oft oder sehr oft. 35 Prozent haben manchmal Angst davor, Opfer einer Gewalttat zu werden. Aber immerhin 51 Prozent sehen sich davon nicht bedroht.

Vertrauen in Ansprüche

Vergleichsweise wenig Angst haben die Liechtensteiner davor, dass sie beispielsweise im Alter ohne Rente dastehen. Denn 66 Prozent haben keine Angst vor dem Verlust von Ansprüchen. 20 Prozent leiden manchmal unter dieser Befürchtung. Acht Prozent zeigen sich skeptischer: fünf Prozent haben oft, drei Prozent sehr oft Angst davor, ihre Ansprüche zu verlieren.

Dies alles hindert die Liechtensteiner aber nicht daran, zu lächeln. So geben 35 Prozent an, dass sie fröhlich, ausgeglichen und glücklich sind. 39 Prozent sind meistens fröhlich. Bedauerlich ist aber, dass drei Prozent der Liechtensteiner oft unglücklich sind. Ein Prozent ist immer unglücklich.

Harte Zeiten für Milchbauern

Geplante CH-Milchpreissenkung trifft auch Liechtensteiner Landwirte

SCHAAN – «Das wäre für viele Betriebe schlicht existenzgefährdend» – Anton Ospelt, Präsident des Milchverbandes und Landwirt in Schaan, ist deutlich besorgt über die in der Schweiz geforderte Senkung des Milchpreises um 20 Rappen pro Kilo.

• Johannes Mattivi

Das Aufatmen hat offensichtlich nur kurz gedauert: Nach einem Milchstreik und zähen Verhandlungen mit den Verarbeitern gelang es den Schweizer Milchbauern in diesem Frühjahr, den Abnahmepreis pro Kilo Milch um 6 Rappen auf 76 Rappen zu erhöhen. Die Liechtensteiner Landwirte zogen nach. In der Schweiz führten der gestiegene Preis und die vom Bundesrat 2007 und 2008 bewilligten Mehrmengen nun aber zu einer Überproduktion. Die Folge: Die Schweizer Milchindustrie verlangte dieser Tage die Senkung des Produzentenpreises um bis zu 20 Rappen pro Kilo.

Ein Viertel Lohnverlust

Für viele Milchbauern wäre eine solche Preissenkung katastrophal, ist sich Milchverbandspräsident Anton Ospelt sicher: «Das bedeutet über Nacht ein Viertel Lohnverlust.» Wenn der Schweizer Milchpreis fällt, müssen die Liechtensteiner Bauern wegen des gemeinsamen Marktes mitziehen. Und das, obwohl die 77 Liechtensteiner Milchbauern aufgrund der herrschenden Kontingentierung keine Überschüsse produzieren, sondern nur zur Deckung des heimischen Eigenbedarfs wirtschaften. 14,6 Millionen Kilo Milch sind es derzeit pro Jahr, was die heimischen Bauern an den Hauptabnehmer, den Liechtensteiner Milchhof in Schaan, liefern.

Überschüsse in ganz Europa

«Die Schweizer haben ein Problem, wir nicht – sie produzieren zu viel Milch und können sie nicht absetzen», sieht Anton Ospelt den drohenden Import eines Problems nach Liechtenstein. Aufgrund der Überschüsse müssten die Schweizer Hersteller 30 bis 40 Prozent ihrer Milchprodukte in den europäischen Export schicken. Aber dort herrschen tiefe Preise und ebenfalls ein Überangebot an Milch.

Letztlich fallen die sinkenden Milchpreise den Landwirten auf den Kopf, ist sich Ospelt sicher. In den 90er-Jahren hatten die heimischen Bauern noch zwischen 1.05 und 1.07 Franken pro Kilo Milch erhalten. Danach fiel der Abnahmepreis kontinuierlich bis auf einen Tiefstand von 64 Rappen, obwohl die Produktionskosten Jahr für Jahr stiegen. Derzeit hält der Liechtensteiner Milchpreis je nach gelieferter Qualität bei einem Durchschnitt von 77 Rappen.

Der angekündigte Preissturz um 20 Rappen ist für Milchverbandspräsident Anton Ospelt noch nicht garantiert: «Der Liechtensteiner Milchhof sollte jetzt umgehend mit seinen Schweizer Partnern diskutieren. Dann kann man über den endgültigen Preis bestimmen.»

Milchpreis wird weiter fallen

Für Julius Ospelt, Leiter des Amts für Landwirtschaft, ist der weitere Verfall des Milchpreises unaufhaltsam. «Die Preissteigerung 2008 war eine Ausnahme. Es wäre

blauäugig anzunehmen, dass der derzeitige Preis im Trend mit der WTO und dem Freihandelsabkommen mit der Schweiz langfristig tragfähig gewesen wäre.» Im Frühjahr 2008 habe es übrigens in der Schweiz geheissen, es gebe zu wenig Milch, sagt Ospelt. Daraufhin haben die Schweizer Bauern mehr Milch produziert, bis im Herbst von einem Überschuss berichtet wurde. Ob hinter der Frühjahrsmeldung eventuell auch ein Kalkül der Verarbeiter stecken könnte, um die

Bauern zu grösserer Produktion anzuregen und anschliessend Preisdruck auszuüben, kann Julius Ospelt nur vermuten. «Der Milchmarkt ist ein sehr dynamischer und auch politischer Bereich.» Die Milchverarbeiter würden jedenfalls einen starken Gegenpol zu den Interessen der Landwirte bilden. «Es herrschen derzeit starke Spannungen innerhalb der Milchbranche. Ein schwieriger Prozess hat begonnen, der sich schon im letzten Jahr angekündigt hat.»

ANZEIGE

VAVINA

Freitag 14.11. – Samstag 15.11.

Grosse Weindegustation
im Barrique-Saal der Hofkellerei.
Freitag von 17-21 Uhr, Samstag von 13-18 Uhr.
Eintritt frei!

ospelt
blumen aus liechtenstein

LKW
unsere energie

HOFKELLEREI
DES FÜRSTEN VON
LIECHTENSTEIN

Fürstliche Domäne · FL-9490 Vaduz · Tel. +423 232 10 18 · www.hofkellerei.li